



Abschlussbericht verabschiedet vom Koordinierungsausschuss und der Vollversammlung am 19.11.2024 in Trier

Begleitgruppe
„Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
der Großregion 2023/2024“

unter der Präsidentschaft von Rheinland-Pfalz

Abschlussbericht/ Schlussfolgerungen und Empfehlungen durch den
WSAGR

Vorsitzende der Begleitgruppe: Carina WEBEL (Saarland)

Vorbemerkungen

Die rheinland-pfälzische Gipfelpräsidentschaft hat erneut das Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA/OIE) mit der Erstellung des Berichtes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2023/2024 betraut. Für diese Beauftragung gilt der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft unser Dank.

Die durch die Vollversammlung des WSAGR bereits 2012 beschlossene zweiteilige Berichtsstruktur wurde auch für den aktuellen Bericht beibehalten. Diese basiert zum einen auf einem festgelegten Indikatorenkatalog und zum anderen auf einem Schwerpunktthema. Als Schwerpunktthema hat der WSAGR die Situation der Jugend in der Großregion gewählt.

Die wirtschaftliche und soziale Lage ist – in der Großregion genau wie auch in anderen Teilen Europas und der Welt – vor allem geprägt von Fragen der Transformation, die von Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung getrieben ist. Im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt

spielt dabei die Sicherung von Beschäftigung eine große Rolle. Dazu gehören einerseits die entsprechenden Arbeitsplätze, andererseits müssen diese mit den entsprechenden Fachkräften besetzt werden können. Mit dem vorliegenden Bericht wird der WSAGR somit in die Lage versetzt, die aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen in der Großregion mit belastbaren Daten zu unterlegen. In Kenntnis der Datenlage und der Datenqualität eine Herausforderung, die die Autorinnen und Autoren hervorragend gemeistert haben, wofür ihnen ein besonderer Dank gebührt.

Die Arbeiten zum Bericht wurden durch eine eigens eingerichtete Begleitgruppe unter Leitung von Carina Weibel betreut. Somit war der inhaltliche Austausch zwischen den Autorinnen und Autoren des Berichtes und den Mitgliedern des WSAGR stets gewährleistet. Das Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA/OIE) hat fristgerecht den angeforderten „Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2023/2024“ vorgelegt. Mit den vorliegenden Empfehlungen schlägt die Begleitgruppe der Vollversammlung des WSAGR vor, zu den Ergebnissen des Berichtes wie folgt Stellung zu nehmen und in einzelnen Handlungsfeldern Empfehlungen an den Gipfel auszusprechen.

Hinweis zur Sprachform / Gender-Mainstreaming

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Sprachform verzichtet. Weibliche und männliche Personen sind damit gleichermaßen angesprochen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen durch den WSAGR

I Indikatorenkatalog

1. Bevölkerung

Seit 1990 ist die Bevölkerung der Großregion um über eine Million Einwohner auf etwa 11,8 Millionen Menschen gewachsen. Sie verzeichnete somit ein stärkeres Wachstum als die EU-27 (GR: +10,5%, EU-27: +7,3%). Das Bevölkerungswachstum hat sich in jüngerer Zeit allerdings deutlich abgeschwächt und beläuft sich zwischen 2000 und 2023 nur noch auf 5,8%. Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Einwohnerzahlen – im Land selbst wie auch in den meisten angrenzenden Gebieten. Insgesamt lässt sich sagen, dass steigende Einwohnerzahlen insbesondere rund um wirtschaftsstarke Gebiete, in der Nähe der regionalen Oberzentren, rund um die Universitätsstandorte sowie entlang der Hauptverkehrsachsen zu beobachten sind, während ländliche Räume häufig besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind. Besonders die Personen im erwerbsfähigen Alter konzentrieren sich tendenziell auf die städtischen Räume.

Der Bevölkerungszuwachs in der Großregion wird in erster Linie durch die Zuwanderung geprägt. Parallel erfährt die Großregion eine sich stetig vergrößernde negative Bilanz des natürlichen Saldos – die Anzahl der Sterbefälle übersteigt die der Geburten, was insbesondere auf die Entwicklung in den beiden deutschen Teilregionen zurückzuführen ist. In Lothringen überkompensiert sogar der Geburtenüberschuss die Abwanderung. Die Wallonie, die DG Belgien und vor allem Luxemburg weisen in beiden Bereichen Nettozuwächse auf.

Als Folge rückläufiger Geburtenraten und einer längeren Lebenserwartung werden sich die bereits heute erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen auch zukünftig weiter fortsetzen und die Anzahl an Personen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 65-Jährige), die potenziell dem Arbeitsmarkt und damit für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen, zurückgehen.

Der WSAGR empfiehlt, die Zusammenarbeit in der Großregion weiter zu intensivieren, um die Lasten negativer demographischer Entwicklungen besser zwischen den Teilregionen ausbalancieren zu können. Insbesondere mit Blick auf immer häufige auftretende Situationen von Fachkräftemangel ist es wichtig, kooperativ zusammenzuarbeiten. Eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern sowie ein attraktiver Standort zum Leben und Arbeiten sind entscheidende Voraussetzungen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen.

2. Wirtschaft

Auch nach der Corona-Pandemie befindet sich die Großregion in weiten Teilen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Geprägt durch strukturelle Umbruchprozesse und Folgen eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds. In allen Teilregionen – außer der Wallonie - sank das BIP im Jahr 2023. Auf längere Sicht - seit 1995 - entwickelte sich die Wirtschaft in den Teilregionen der Großregion überwiegend positiv, wobei in den letzten Jahren insbesondere das Saarland und Lothringen auch bereits vor der Pandemie mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Beide Regionen stehen vor großen Herausforderungen durch die digitale und ökologische Transformation. Insgesamt hat sich die Struktur der Wirtschaft in der Großregion in den letzten Jahren verändert. Ehemals dominierende Produktionsbereiche sind infolge einschneidender Strukturkrisen entweder gänzlich von der Bildfläche verschwunden (z.B. der Bergbau) oder wurden modernisiert. Der weitaus höhere Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung ist auf die verschiedenen Dienstleistungsbranchen zurückzuführen. Der

Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes entspricht mittlerweile dem europäischen Durchschnitt. Die beschäftigungsstärkste Industriebranche der Großregion ist die Metallindustrie, gefolgt von der Nahrungsmittel-, der Kunststoffindustrie, dem Maschinenbau sowie der Automobilindustrie. Auch dem Handwerk kommt in der großregionalen Wirtschaft mit rund 820.000 Beschäftigten und über 32.000 Auszubildenden eine zentrale (und – besonders im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung – wachsende) Bedeutung zu.

Wichtig bei der Beurteilung der großregionalen Wirtschaft ist auch die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit. Der Indikator „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ zeigt auf, dass die Großregion sich 2022 auf Platz 72 von 239 europäischen Regionen befindet. Im Vergleich zu anderen vergleichbaren – auch grenzüberschreitenden Regionen – schneidet die Großregion deutlich schlechter ab. Insbesondere in den Bereichen Innovation und wirtschaftlicher Entwicklungsgrad besteht Nachholbedarf.

Auskunft zur sozialen Lage in der Großregion gibt der Social-Scoreboard als Indikator der Umsetzung der Europäischen Säule der sozialen Rechte. Dort schneidet die Großregion bei den Kennziffern Beschäftigungsunterschieden zwischen den Geschlechtern (besonders hervorzuheben sind hier die Wallonie, Lothringen und Luxemburg), der Einkommensungleichheit (v.a. Wallonie), beim verfügbaren Einkommen (insbesondere Rheinland-Pfalz und Luxemburg) sowie Verringerung des Armutsrisikos durch Transferzahlungen (vor allem Wallonie, Rheinland-Pfalz und Lothringen) gut ab. Der Kooperationsraum stagniert in den folgenden Indikatoren: Beteiligung Erwachsener an Bildungsmaßnahmen, Beschäftigungsquote, Anteil der von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Personen, Quote der Überbelastung durch Wohnkosten und Lebenserwartung. Bei den folgenden Indikatoren verzeichnet die Großregion negative Entwicklungen: NEET-Quote, Arbeitslosigkeit und vor allem Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung wurden in den vergangenen Jahren weiter verstärkt und der Anteil der Ausgaben für FuE am BIP liegt nun über dem europäischen Durchschnitt. Bemerkenswert: Luxemburg ist die einzige Region, in der die Ausgaben der FuE als Anteil am BIP zwischen seit 1999 gesunken sind. Verantwortlich hierfür sind v.a. Verluste in der Privatwirtschaft.

Die Großregion befindet sich in einem ständigen Strukturwandel, der in den einzelnen Teilregionen zu durchaus unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geführt hat. Aus Sicht des WSAGR bleibt jedoch festzuhalten, dass die Industrie aufgrund ihrer hohen Verflechtung mit vor- und nachgelagerten Branchen weiterhin einen der Hauptpfeiler der Wirtschaft der Großregion bildet.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Zukunft guter industrieller Arbeitsplätze zu fördern, bedarf es auch auf Ebene der Großregion eines breiten Bündnisses für einen industriepolitischen Dialog, der industrie-, klima- und beschäftigungspolitische Aspekte gleichwertig berücksichtigt. Da entscheidende industriepolitische Rahmenbedingungen von der EU gesetzt werden, ist es notwendig, diesen Dialog auch mit den EU-Institutionen zu führen und dort für eine Stärkung der industriellen Basis in Europa und der Großregion zu werben. Forschungs- und Innovationsförderung müssen dabei zentrale Bestandteile einer großregionalen Industriepolitik, um zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und damit ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort zu sein. Eine Abstimmung dieser Förderung auf großregionaler Ebene wäre – insbesondere vor dem Hintergrund größerer, aber auch unübersichtlicher Fördermöglichkeiten zur Begleitung der Transformation und Bewältigung der Gesundheits- und der Energiekrise – wünschenswert.

Um gleichzeitig dem hohen und wachsenden Gewicht des Dienstleistungssektors und des Handwerks gerecht zu werden, sollten auch Strategien mit Blick auf diese Bereiche entwickelt werden. Dies ist aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters vieler Dienstleistungen, in denen es häufig einen Mangel an Arbeitskräften gibt (z.B. Einzelhandel oder Gesundheitswesen, Handwerk) von großer Bedeutung für die Großregion.

Im Rahmen solcher Strategieentwicklungen muss stets die soziale Komponente berücksichtigt werden – insbesondere um die sozialen Unterschiede zwischen den Teilregionen langfristig aufzuheben und den Bürgerinnen und Bürgern positive Perspektiven vermitteln zu können. Entsprechend müssen

soziale Organisationen und Arbeitnehmervertretungen in Strategieentwicklungsprozesse mit eingebunden werden.

Der WSAGR nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Großregion über die Jahre kontinuierlich gesteigert wurden. Dennoch braucht es Strategien, um hier noch stärker voranzukommen, um die wirtschaftliche Zukunft der Region zu sichern. Grenzüberschreitende Kooperationen können wesentliche Vorteile beim Einwerben von Fördergeldern bringen und die Abstimmung von Strategien zur Gestaltung der Transformation unterstützen.

3. Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Das prägendste Merkmal des großregionalen Arbeitsmarktes ist die nach wie vor ansteigende Zahl von grenzüberschreitenden Berufspendlern. 2023 zählte die Großregion knapp 274.000 Pendler. Der allgemeine Anstieg der Grenzgängerkzahlen um 30% seit 2013 lässt sich insbesondere auf die Entwicklungen in Luxemburg zurückführen. Die deutschen Bundesländer hingegen registrieren im gleichen Zeitraum einen Rückgang, der zum Großteil aus Frankreich kommenden Arbeitnehmer. Insgesamt gingen in der Großregion im Jahr 2022 rund 5,3 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach. Knapp 89,2 % hatten dabei den Status eines Arbeitnehmers. Bei der Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung verzeichnete Luxemburg zwischen 2012 und 2022 mit Abstand den stärksten Beschäftigungszuwachs. Die Wallonie, die DG Belgien und Rheinland-Pfalz folgen mit einem deutlichen Abstand. Lothringen weist eine noch leicht positive Entwicklung auf, während die Entwicklung im Saarland – sicherlich aufgrund der starken Probleme in der Industrie – im Bereich der Arbeitnehmenden leicht negativ ist.

Die Arbeitslosenquote in der Großregion lag 2023 bei 5,4 % und damit unterhalb dem EU-Wert (6,0 %). Rund 37% aller Arbeitslosen war dabei länger als ein Jahr ohne Arbeit. Im Jahr 2023 waren sowohl in der Großregion als auch in der EU-27 durchschnittlich 11,2% der 15-29-Jährigen weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in ein Ausbildungssystem integriert. Das EU-Ziel für die Altersgruppe von 15-29 Jahren, das bis 2030 erreicht werden soll, liegt bei 9%. Diese NEET-Rate ist seit 2013 in der EU um 4,9 Pp gesunken, im Kooperationsraum um -2,6 Pp.

Die Beschäftigungsquote in der Großregion lag 2023 bei 73,9 % und damit leicht unter dem Durchschnitt der EU und unterhalb des Ziels des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte von 78%. Der leichte Anstieg der Beschäftigungsquote in den vergangenen zehn Jahren ist in erster Linie auf Zuwächse bei der weiblichen Beschäftigung zurückzuführen (+6,0 Pp.; Männer: +2,2 Pp.). Dennoch lag der „Gender Gap“ im Jahr 2023 noch immer bei 7,3 Prozentpunkten. Auch stieg die Teilzeitbeschäftigung in der Großregion (insbesondere bei den Frauen) weiter an, so dass die Teilzeitquote in der Großregion mit 26,8 % deutlich höher als im Durchschnitt der EU (18,7 %) lag. Der Anteil von Leiharbeitsbeschäftigten in der Großregion lag 2022 bei 2,2 %. Von Befristung sind insbesondere jüngere Menschen betroffen.

Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt mit der enormen Pendlerbewegung bleibt einer der großen Antreiber für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Er beeinflusst das Verkehrsgeschehen und die Siedlungsentwicklung in der Großregion. Der WSAGR empfiehlt dem Gipfel daher weiterhin neben den etablierten Aktivitäten zur Entwicklung und Begleitung des Arbeitsmarktes auch Instrumente der Raumordnung weiterzuentwickeln, um ganzheitliche Strategien zur Entwicklung der Großregion vorantreiben und umsetzen zu können.

Aufgrund der insgesamt starken regionalen Unterschiede am Arbeitsmarkt empfiehlt der WSAGR die grenzüberschreitenden Anstrengungen in der Großregion zur Integration der Arbeitsmärkte fortzuführen. Neben den aktuellen Herausforderungen durch steigende Energiekosten und Inflation steht der Arbeitsmarkt der Großregion vor umfassenden Herausforderungen der Demografie und der Transformation durch Klimawandel und Digitalisierung. Aus Sicht des WSAGR sind für den Arbeitsmarkt die Aus- und Weiterbildung zentrale Handlungsfelder. Zur Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs

gehören aber auch erweiterte Erwerbsmöglichkeiten von Personen, die bislang am Arbeitsmarkt in der Großregion unterrepräsentiert sind, z.B. erwerbslose Jugendliche, Frauen, Migranten, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung. Denn die Großregion ist trotz der positiven Beschäftigtenentwicklung vom Ziel des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte, die Beschäftigungsquote bis 2030 auf 78% zu steigern, noch ein Stück entfernt. Der WSAGR empfiehlt daher, die Potenziale aller Gruppen besser als bisher zu nutzen, indem deren Beschäftigungschancen weiter erhöht werden. Aufgrund meist überdurchschnittlicher Anteile bei den atypischen Beschäftigungsformen gilt es dabei, die Qualität der Arbeit im Blick zu halten.

Besondere Anstrengungen müssen unternommen werden, um die Situation von Jugendlichen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch in Anbetracht der teilweise geführten Debatte über den zukünftigen Bedarf an Fachkräften, empfiehlt der WSAGR, verstärkt Angebote zu unterbreiten, die zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen beitragen. Darüber hinaus bedarf es aus Sicht des WSAGR einer gezielten Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in allen Teilen der Großregion, da die Integrationskraft des Arbeitsmarktes derzeit nicht für die große Gruppe der Langzeitarbeitslosen auszureichen scheint.

In der Großregion besteht eine eingespielte Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, die zukünftig direkter einbezogen werden sollte. Im WSAGR sind die Wirtschafts- und Sozialpartner der Großregion vertreten. In der – auch durch Unterstützung des WSAGR - neu eingerichteten „Task Force Grenzgänger 3.0“ werden Lösungsvorschläge erarbeitet für Probleme von Grenzgängern und Unternehmen aus dem Arbeits-, Bildungs-, Sozial- und Steuerrecht. Die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) begleitet mit ihrem Netzwerk der Fachinstitute die sozioökonomischen Entwicklungen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes für die Teilregionen. Die Erfahrungen aus der Beratungspraxis des Netzwerks EURES Großregion zeigen, dass weitere kontinuierliche Initiativen zur Stärkung von grenzüberschreitend mobilen Beschäftigten dringend erforderlich sind.

4. Bildung

Ungefähr 80% der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in der Großregion verfügt 2023 über einen Bildungsabschluss mindestens der Sekundarstufe II. Dies gilt als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft. Damit liegt die Großregion über dem EU-Durchschnitt. Erfreulich ist, dass die geschlechtsspezifischen Qualifikationsunterschiede kaum noch erkennbar sind. Auch wenn es im oberen Qualifikationsbereich in der Großregion gute Entwicklungen gibt, offenbaren sich Probleme am unteren Bildungsspektrum und dem lebenslangen Lernen.

Im Jahr 2023 haben in der Großregion (in einem Zeitraum von vier Monaten) 9,7% der Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen – weniger als im europäischen Durchschnitt, der mit 12,7% ebenfalls recht gering ausfällt. Um das für 2030 angestrebte Ziel zu erreichen, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, sowohl in Bezug auf die Sensibilisierung für die Bedeutung dieses Themas, als auch in Bezug auf die Verbesserung in der Datenerhebung.

Eine gute und qualifizierte Bildung gilt in einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft als Schlüssel für Wachstum, Innovation, sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe. Neben dem steigenden Anteil von Akademikern braucht es dazu aber auch weiterhin gut ausgebildete Facharbeiter. Der WSAGR appelliert daher an den Gipfel, weiterhin ein möglichst breitgefächertes Bildungsangebot vorzuhalten, damit die Fachkräfte der Zukunft in der Großregion ausgebildet werden können.

Zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts in der Großregion und zur Ausschöpfung der vorhandenen Potentiale möglicher Arbeitskräfte für den großregionalen Arbeitsmarkt empfiehlt der WSAGR die bestehenden Defizite im Bildungsbereich zu beheben. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf junge Menschen ohne Schul- oder Berufsausbildung sowie auf den Bereich des lebenslangen Lernens.

Kontinuierliche Aus- und Weiterbildung hat in den vergangenen Jahren – insbesondere vor dem Hintergrund des beschleunigten Strukturwandels aufgrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung in einem durch Corona und Energiekrise dynamisierten Umfeld - an Bedeutung gewonnen. Die Großregion hat hier noch Nachholbedarf. Der WSAGR empfiehlt daher einen intensiveren Austausch in diesem Bereich zwischen den Teilregionen sowie verstärkte Anstrengungen, über Aus- und Weiterbildungsangebote – auch grenzüberschreitend – zu informieren.

Sprachkompetenz ist die zentrale Voraussetzung für eine Nutzung aller Potentiale, die die Großregion bietet. Auf den Erwerb der Sprachen der Nachbarländer sollte daher ein stärkerer Fokus bereits ab der frühkindlichen Bildung gelegt werden.

5. Lebensbedingungen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Großregion lag 2021 bei 23.022 Euro je Einwohner und damit wieder höher als im Vorjahr. Das mit Abstand höchste Einkommensniveau wurde in Luxemburg erzielt, das geringste in der Wallonie. Die regionalen Disparitäten innerhalb der Großregion sind erheblich.

Die Armutsgefährdungsquote in der Großregion lag 2021 bei 16,6 % (EU (2018): 16,9 %). In den Teilregionen sind mehr Menschen armutsgefährdet als in den jeweils zugehörigen Nationalstaaten. Zwischen 2017 und 2021 ist das Armutsgefährdungsrisiko in allen Teilregionen außer der Wallonie gestiegen. Luxemburg verzeichnet den stärksten Anstieg (+2,6 Prozentpunkte) der Armutsgefährdungsquote.

In der Großregion lag das Entgelt je Arbeitnehmer 2022 bei 48.574 Euro. Mit rund 80.840 Euro je Arbeitnehmer liegt Luxemburg weiterhin an der Spitze, am Ende liegt Lothringen (41.719 Euro) knapp hinter den deutschen Teilregionen. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung lag der Anteil der Arbeitnehmerentgelte 2019 bei 55,7%, die restlichen 44,3 % machen die Bruttobetriebsüberschüsse aus. 2022 sind in allen Teilregionen Reallohnverluste zu verzeichnen.

Die bestehenden beträchtlichen regionalen Disparitäten bei den Haushaltseinkommen und Arbeitnehmerentgelten zwischen den einzelnen Teilregionen lassen eine Anpassung der Lebensverhältnisse innerhalb der Großregion als schwierig erscheinen. Mit Blick auf Transformationsprozesse und damit einhergehenden Fachkräfteengpässen ist davon auszugehen, dass diese Herausforderung an Relevanz gewinnen wird.

Für den WSAGR ist die Verringerung des Armutsrisikos ein gemeinsames Anliegen, dem sich alle Partner in der Großregion widmen müssen, um den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden. Dazu gehört auch, die Menschen verstärkt in sichere und faire Beschäftigung zu bringen.

Insbesondere Menschen mit einem niedrigen Qualifizierungsniveau sind verstärkt von Armut betroffen. Verstärkte Investitionen in die Bildung junger Menschen, erhöhen die beruflichen Aufstiegschancen und verringern das Armutsrisiko.

Die Verbraucherpreisentwicklung ist maßgeblich durch die Entwicklung der Energiepreise geprägt. Der WSAGR empfiehlt ein verstärktes Engagement im Bereich der energetischen Gebäudesanierung und des effizienten Umgangs mit Energie, um die Verbraucher vor zukünftigen Preissteigerungen zu entlasten. Neben den Verbrauchern würde insbesondere das regionale Handwerk von diesen Maßnahmen profitieren.

Abschließend bekräftigt der WSAGR seine Empfehlung an die Exekutiven, die Großregion stärker als Gesamttraum zu betrachten, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten und zu große regionale Ungleichgewichte zu vermeiden, die zu Brüchen führen würden.

II Schwerpunktthema: Die Situation der Jugend in der Großregion

Die Situation des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes in der Großregion ist nach der Coronakrise, dem Krieg von Russland gegen die Ukraine und einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld nach wie vor geprägt von einer Zunahme an Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmendem Fachkräftemangel und Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. Gleichzeitig wird der Arbeitsmarkt mit drei großen Veränderungen konfrontiert: der Alterung der Bevölkerung, dem digitalen Wandel und dem ökologischen Umbau, mit weit reichenden Folgen für den Bedarf an Arbeitskräften und Kompetenzen.

Dieser Befund aus dem letzten WSAGR-Bericht gilt nach wie vor. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, insbesondere die Situation der jungen Menschen in der Großregion in den Blick zu nehmen. Denn diese stellen einerseits eine zentrale Ressource für den Arbeitsmarkt dar, andererseits ist es eine gesellschaftliche Verantwortung, den jungen Menschen in der Region eine lebenswerte Zukunftsperspektive zu bieten.

Die Lage der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt

Zum 1. Januar 2023 leben fast 1,3 Mio. junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in der Großregion, was einem Bevölkerungsanteil von elf Prozent entspricht. Im Gegensatz zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ist die Zahl der jungen Menschen zwischen 2000 und 2023 in der Großregion allerdings rückläufig, weshalb der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung sinkt. Auch für die Zukunft (2050) wird ein weiterer Rückgang des Anteils der Bevölkerung in dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung (-0,5 Prozentpunkte bezogen auf die Großregion) erwartet.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen verläuft in den einzelnen Teilregionen unterschiedlich: Während zwischen 2000 und 2023 im Saarland, in Lothringen und in Rheinland-Pfalz teilweise deutliche Bevölkerungsrückgänge bei den 15- bis 24-Jährigen zu verzeichnen sind, ist die Zahl der Menschen in dieser Altersgruppe in Luxemburg um fast 50% gestiegen.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Bildungs- und Ausbildungssysteme in der Großregion, die eine unterschiedliche statistische Erfassung der Arbeitsmarktsituation zur Folge haben, ist es schwierig, die Beschäftigungssituation der jungen Menschen in den einzelnen **Teilregionen zu vergleichen**. So gelten Jugendliche in den deutschen Teilregionen, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, als erwerbstätig, während diese Form der Ausbildung in den französischsprachigen Regionen viel weniger verbreitet ist und eher schulische Formen bestehen. Ein Vergleich von sonst üblichen Indikatoren wie Erwerbs- oder Beschäftigungsquote zwischen den einzelnen Teilregionen ist also wenig zielführend. **Analysen über den Zeitverlauf** können dennoch Hinweise darauf geben, wie z.B. in Krisensituationen wie der Pandemie reagiert wurde, um dadurch entstandene Verwerfungen abzumildern. So sank die Jugendbeschäftigungsquote im Jahr 2020 in allen Teilen der Großregion mit Ausnahme der Wallonie, wo sie unverändert blieb. Im Übrigen stieg die Zahl der erwerbstätigen jungen Menschen in den einzelnen Teilen der Großregion unterschiedlich schnell wieder an. In Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien stieg die Jugendbeschäftigungsquote etwa bereits im Jahr 2021 wieder an, während die Trendwende im Saarland bis 2022 dauerte. In Lothringen stieg die Jugendbeschäftigungsquote in den genannten Jahren

deutlich, und zwar um 9,3 Prozentpunkte. Der hohe Anstieg ist teilweise auf die Sonderbeihilfe der französischen Regierung für Ausbildungsverträge im ersten Coronajahr zurückzuführen.

Bei aller Schwierigkeit der Interpretation zeigt sich an verschiedenen Indikatoren zur **Arbeitslosigkeit** von Jugendlichen, dass junge Menschen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Bevölkerung insgesamt. Als Erklärungsfaktoren werden Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf, häufig befristete Arbeitsverträge, unterwertige Beschäftigung und schwächere Kündigungsrechte angeführt. Zudem sind Jugendliche häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als die Gesamtbevölkerung. Hauptrisikofaktor, lange in Arbeitslosigkeit zu verbleiben, ist ein niedriges Bildungsniveau.

Ein geeigneteres Maß, um mögliche Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt insbesondere im Bereich der jungen Menschen abzubilden, die zu unterschiedlichen Zeiten von der Schule abgehen, eine Ausbildung abschließen und in den Arbeitsmarkt einmünden, ist die sogenannte **NEET-Quote** (Neither in Employment, nor in Education or Training). Sie gibt an, wie viele Personen einer Altersgruppe weder arbeiten, noch eine Ausbildung machen oder studieren. In der Europäischen Union wurden das Konzept NEET und der daraus resultierende Indikator nach der Finanzkrise von 2007/2008 besonders wichtig. Zu diesem Zeitpunkt wurde die NEET-Quote ins sozialpolitische Scoreboard der EU aufgenommen. In der europäischen Säule sozialer Rechte wurde für 2030 eine EU-weite NEET-Quote der 15- bis 29-Jährigen von 9 % als Ziel festgelegt.

2023 lag die NEET-Quote der 15- bis 29-Jährigen in der Großregion genau wie in den 27 EU-Staaten bei 11,2 %. Innerhalb der Großregion weisen Luxemburg mit 8,5 % und Rheinland-Pfalz mit 8,9 % die niedrigsten Quoten auf. Mit Ausnahme des Saarlandes, wo die NEET-Quote 9,8 % betrug, befand sich in allen anderen Teilregionen im Jahr 2023 immer noch mehr als jeder zehnte Jugendliche in einer NEET-Situation. In allen Teilen der Großregion lagen die NEET-Quoten über dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Außer in der Wallonie zeigt die beobachtete Unterscheidung nach Geschlecht für 2023, dass sich mehr Frauen als Männer in einer NEET-Situation befinden. Im Saarland (Daten für 2019) und in Lothringen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern mit 5,0 Punkten bzw. 4,9 Punkten am größten.

Es gibt unterschiedliche soziale, persönliche und wirtschaftliche Aspekte, die das Risiko beeinflussen, in einen NEET-Zustand zu geraten. So ergab die Auswertung einer Studie von Eurofound¹ zu den europäischen Werten aus dem Jahr 2008 Folgendes:

- Bei Menschen mit Einschränkungen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in die Kategorie NEET fallen, um 40 % höher als bei Personen ohne Einschränkungen.
- Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben eine um 70 % höhere Wahrscheinlichkeit dafür, zur Kategorie NEET zu gehören, als Personen ohne Migrationsgeschichte.
- Jugendliche mit geringem Bildungsniveau gehören dreimal häufiger zu den NEETs als junge Menschen mit Universitätsabschluss.
- Das Risiko, in die Kategorie NEET zu fallen, kann für junge Menschen, die in abgelegenen Gebieten leben, doppelt so hoch werden wie für andere.
- Jugendliche aus finanzschwachen Familien werden häufiger zu NEETs als junge Menschen, die in Familien mit Durchschnittseinkommen leben.
- Junge Menschen, deren Eltern arbeitssuchend sind oder waren, haben eine um 17 % höhere Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der NEETs zu gehören, als gleichaltrige Jugendliche, deren Eltern Arbeit haben.
- Bei Jugendlichen, deren Eltern geschieden sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in die Kategorie NEET fallen, um 30 % höher als für junge Menschen aus intakten Familien.

1 Eurofound (2012), NEETs – Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Zentraler Erfolgsfaktor auf dem Arbeitsmarkt ist die Bildungssituation der jungen Menschen. Im Jahr 2023 hatte 9,9% der 18- bis 24-Jährigen in der Großregion (ohne das Saarland) die Schule abgebrochen. Auch wenn die Quote seit 2013 rückläufig ist, können die Teilregionen nicht damit zufrieden sein, dass nach wie vor fast jeder Zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt. Dabei spielt der familiäre Hintergrund immer noch eine zu starke Rolle, gerade in Frankreich, wo der schulische Erfolg maßgeblich von der sozialen Schicht der Eltern bestimmt wird.

Insgesamt behält der WSAGR seine Empfehlung bei, die Anstrengungen zur Abfederung negativer demographischer Entwicklungen fortzusetzen und gemeinsam zu intensivieren. Bei der Suche nach einer Arbeitsstelle spielen für junge Menschen mittlerweile Themen wie Gesundheit und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben eine zentrale Rolle. Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen sind Grundvoraussetzung, um nicht zuletzt mehr Zuwanderung in der Großregion zu erzielen und deren erfolgreiche Integration zu ermöglichen, aber auch junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gute Arbeitsbedingungen mit armutsfesten Löhnen und einer langfristigen Jobperspektive senken das Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut. Der WSAGR unterstützt dabei die Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR), die dieser zur Unterstützung Jugendlicher in der Großregion an der Schnittstelle von Schule und beruflicher Integration in seiner 71. Plenarsitzung am 21.06.2024 verabschiedet hat.

Nicht nur aus arbeitsmarktpolitischer Sicht und mit Blick auf den hohen Bedarf an Arbeits- und Fachkräften, sondern auch aus gesellschaftlicher Verantwortung heraus, muss die Situation von Jugendlichen in den Fokus gerückt werden. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist in der Regel Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Unternehmen sind auf junge Menschen angewiesen, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Daher ist es unerlässlich, Instrumente zu entwickeln, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Erste entscheidende Hürde ist der Schulabschluss. Es gilt unter allen Umständen, zu verhindern, dass junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die Zukunft der Jugendlichen weniger stark von ihrem Elternhaus abhängt als bisher. Investitionen in den schulischen Erfolg Jugendlicher können dafür sorgen, dass prekäre Lebensverhältnisse, Armut und Ungleichheit nicht mehr automatisch von Generation zu Generation weitergegeben werden. Dazu gehören insbesondere eine gezielte Sprachförderung, die bereits in der frühen Bildung ansetzt, sowie spezielle Unterstützungsangebote für Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund. Zugleich müssen Bildungsmaßnahmen bedarfsdifferenzierter ausgestaltet werden und hinsichtlich der Ressourcenverteilung verstärkt jene Bildungseinrichtungen adressieren, die überwiegend von Kindern und Jugendlichen mit mehreren „Risikolagen“ besucht werden.

Junge Menschen ohne Abschluss sollten möglichst früh Unterstützung erhalten. Diese muss individuell auf die jeweiligen Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt sein und von den zuständigen Stellen gemeinsam strukturiert werden. Zentraler Baustein ist die Erfassung von Daten zum Verbleib nach einem Schulabbruch in den einzelnen Teilregionen, damit niemand durch das Raster fällt. Zu den Unterstützungsmaßnahmen gehört die stärkere Förderung der individuellen Betreuung und Beratung junger Menschen auf professioneller, sozialer und persönlicher Ebene. Nach der Beendigung einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme müssen junge Menschen unbedingt weiter betreut werden, um möglichst direkten Anschluss zu gewährleisten.

Nach erfolgreichem Schulabschluss werden am Übergang von der Schule in den Beruf entscheidende Weichen für die Zukunft junger Menschen am Arbeitsmarkt gestellt. Der WSAGR empfiehlt zur Prävention von Ausbildungsabbrüchen, (auch grenzüberschreitende) Maßnahmen zur Berufsorientierung zu stärken, den jungen Menschen transparent nahezubringen und dabei auch das Elternhaus und soziale Umfeld zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einzubeziehen.

Voraussetzung für erfolgreiche Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ist eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Der WSAGR empfiehlt dem Gipfel, sich für eine angemessene Finanzierung

des Bildungssystems und von Maßnahmen im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf stark zu machen.

In Zeiten von digitaler und ökologischer Transformation, in der sich die Anforderungen an Tätigkeiten sehr schnell ändern, ist es wichtig, Kompetenzen zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, gut mit Umbruchsituationen zurechtzukommen und lebenslanges Lernen als selbstverständlich zu verstehen. Die Ausbildung solcher Schlüsselkompetenzen sollten im gesamten Bildungssystem eine zentrale Rolle spielen. Programme zum grenzüberschreitenden Austausch können hierbei einen guten Beitrag leisten, indem sie z.B. sprachliche und interkulturelle Kompetenzen fördern.

Es zeigt sich, dass junge Französisinnen und Franzosen deutlich seltener in die deutschen Regionen einpendeln als nach Luxemburg oder in die Wallonie. Ein möglicher Grund dafür ist die Sprachbarriere. Um grenzüberschreitende Mobilität zu fördern und so die Vorzüge des Lebens in einer Grenzregion nutzbar zu machen, ist eine Förderung der Fremdsprachenkenntnisse bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung sinnvoll. Die Förderung der Kenntnisse der Nachbarsprachen sollte dabei so organisiert und in den Alltag integriert sein, dass sie sich mit der Förderung der Landessprache für Kinder mit Migrationshintergrund ergänzt.

Nicht zuletzt, weil der statistische Vergleich zwischen den Teilregionen in vielen Fällen schwierig ist, - sei es aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit (wie z.B. nach dem Mikrozensus 2020) oder aufgrund unterschiedlicher dahinterliegender Systeme -, ist ein enger Austausch über die bestehenden Problemlagen zwischen den Teilregionen notwendig. Daher empfiehlt der WSAGR dem Gipfel – und richtet diese Botschaft gleichzeitig an sich selbst - politische und gesellschaftliche Akteure verstärkt auf den hohen Wert des Austauschs in den Gremien der Großregion hinzuweisen und zu einem Engagement in diesen Gremien zu motivieren. Durch einen intensiven Austausch können die Teilregionen gegenseitig voneinander lernen und so ggf. schneller wirksamere Instrumente entwickeln, um die Arbeitsmarktintegration der jungen Menschen zu verbessern.

Die Arbeitsgruppen des Gipfels „Arbeitsmarkt“, „Bildung und Erziehung“ sowie „Jugend“ und das von dieser organisierte „JugendForum Jeunesse“ bieten dafür wichtige Austauschplattformen.

Der WSAGR empfiehlt außerdem – in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des IPR vom 21.06.2024 – die Sicherstellung einer geeigneten und möglichst vollständigen Datengrundlage zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen sowie Schul- und Ausbildungsabbrüchen, um eine Vergleichbarkeit der Daten aus den einzelnen Teilregionen zu ermöglichen, Datenlücken zu füllen, eine fundierte Ursachenforschung für Schulabbruch und Arbeitslosigkeit betreiben und geeignete Maßnahmen verabschieden zu können. Hierbei wird die Arbeit der IBA sowie der AG „Statistik“ des Gipfels ausdrücklich begrüßt.

Darüber hinaus sollten Bemühungen intensiviert werden, direkter mit Jugendlichen in den Dialog zu treten und diese stärker in politische Prozesse einzubinden. Dies ist einerseits wichtig, um die tatsächlichen Bedürfnisse und Perspektiven derjenigen einzubinden, über die gesprochen wird, und auf dieser Basis sinnvolle Maßnahmen zu entwickeln. Andererseits ist die Möglichkeit der Mitgestaltung zentral, damit junge Menschen Selbstwirksamkeit erfahren und so Vertrauen in demokratische Prozesse gestärkt wird.